

## Geschlechtsbasierte Gewalt gegen Politiker\*innen: Reflexionen zu einem Tabu

23.02.2021 Dorothee Beck

Gewalt gegen Politiker\*innen wird in öffentlichen Diskursen unterschiedlich behandelt, je nachdem, wie sie motiviert ist. Rassistische Bedrohungen und Übergriffe werden häufig als persönlicher Preis von Zivilcourage diskutiert. Sexualisierte Angriffe bleiben hingegen weitgehend tabuisiert, ungeachtet von Kampagnen wie #MeTooEP oder #NotInMyParliament. Insgesamt ist die Bedeutung der Kategorie Geschlecht bei Gewalthandlungen gegen Politiker\*innen, die von Personen(-gruppen) ausgeführt werden, kaum beforscht.

Geschlechtsbasierte, insbesondere sexualisierte Gewalt gegen Politiker\*innen als solche wird in gesellschaftlichen Diskursen kaum (an)erkannt. Einen Tiefpunkt stellte ein erstinstanzliches Urteil im Fall von Renate Künast dar. Die Grünen-Politikerin wehrte sich vor Gericht gegen Beleidigungen und Pöbeleien in sozialen Medien und war mit einem Urteil konfrontiert, wonach Beschimpfungen wie „Stück Scheiße“, „Drecks Fotze“ oder „Geistesranke“ durch die Meinungsfreiheit gedeckt seien (u. a. [Zeit Online 2019](#)). Glücklicherweise wurde das Urteil in höheren Instanzen teilweise aufgehoben.

### Geschlechtsbasierte Gewalt: ein Forschungsthema

Im Folgenden diskutiere ich Aspekte der Tabuisierung geschlechtsbasierter Gewalt gegen Politiker\*innen als Fragen an die Forschung. Unter geschlechtsbasierter Gewalt verstehe ich Gewaltformen, die mit dem biologischen oder sozial konstruierten Geschlecht und/oder der Sexualität zusammenhängen, bei denen eine besondere geschlechtsspezifische Betroffenheit oder Verletzlichkeit und/oder ein Diskriminierungszusammenhang mit der Geschlechtlichkeit des Opfers oder des Täters besteht ([Schrötte 2019: 834](#)). Dabei verzichte ich auf eine Differenzierung zwischen den Begriffen Gewalt, Belästigung, Übergriff und Angriff und benutze diese Begriffe – verkürzend – weitgehend synonym. Auch nichtbinäre Personen und nichthegegonale Männlichkeiten sind von geschlechtsbasierter Gewalt betroffen. Ich beschränke mich hier jedoch im Wesentlichen auf Gewalt gegen Politikerinnen mit einem Fokus auf sexualisierte Übergriffe. Dies ist vor allem der fehlenden empirischen Basis bezogen auf andere Geschlechter geschuldet.

### Geschlechtsbasierte Gewalt in politischen Institutionen: ein Tabu

Die Berliner CDU-Politikerin Jenna Behrends prangerte 2016 in einem offenen Brief an ihre Partei den Sexismus in den eigenen Reihen an und war daraufhin parteiinternen Anfeindungen ausgesetzt (u. a. [Rennefanz 2017](#)). Vor der Landtagswahl in Hessen 2008 insinuierte Christoph Schwennicke auf Spiegel Online, die damalige SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti werde sich demnächst in aller Öffentlichkeit ausziehen ([Schwennicke](#)

[2008](#)). Die SPD-Politikerin Ute Vogt musste sich als SPD-Spitzenkandidatin 2001 in Baden-Württemberg gegen körperliche Grenzverletzungen wehren und hatte es mit einem Stalker zu tun ([Vogt 2020: 194ff.](#)). Solche Dinge kommen entweder gar nicht an die Öffentlichkeit (Vogt); oder sie sorgen dort nicht für Empörung (Ypsilanti); oder sie geben Anlass, öffentlich nach der vermeintlichen Mitschuld der Betroffenen zu fragen (Behrends). Selten werden solche Übergriffe als Sexismus oder geschlechtsbasierte Gewalt identifiziert. Meine erste These lautet daher, dass diese Form von Gewalt gegenüber Politiker\*innen tabuisiert wird.

## **Tabu trotz intersektionaler Verschränkungen**

Geschlechtsbasierte Gewalt tritt häufig nicht isoliert, sondern in Intersektionen mit rassistischen oder rechtsextremen Übergriffen auf. Dies zeigt sich etwa am Beispiel der Drohungen eines NSU 2.0, die sich seit 2018 neben der Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız und die Satirikerin Idil Baydar auch gegen mehrere Politikerinnen richtet. Auch Sawsan Chebli (SPD), Berliner Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement, wird in sozialen Medien immer wieder mit gleichermaßen sexistischen wie rassistischen Angriffen konfrontiert, etwa mit der Beleidigung auf Twitter, sie sei eine „islamische Sprechpuppe“. Diese intersektionalen Verschränkungen sind offensichtlich. Jedoch wird der Sexismus solcher Angriffe selten thematisiert. Drohungen und Übergriffe aufgrund des Kampfes der Betroffenen gegen rechts oder aufgrund von Rassifizierungen werden in der politischen Öffentlichkeit empört zurückgewiesen. Der vielen dieser Angriffe zugleich innewohnende Sexismus, so meine zweite These, bleibt hingegen Teil des bereits genannten Tabus.

## **Die Kultur politischer Institutionen: zu den Ursachen**

Abgesehen davon, dass Sexismus zumindest in Teilen der Gesellschaft nach wie vor als Kavaliersdelikt gilt, gibt es auch Ursachen, die in der Kultur des androzentrischen Feldes politischer Institutionen liegen. Das unabhängige US-amerikanische National Democratic Institute (NDI) lancierte 2016 die weltweite Kampagne #NotTheCost. Der Hashtag weist darauf hin, dass vielen Frauen suggeriert wird – und sie diese Suggestion verinnerlichen –, Übergriffe seien der Preis, den sie für eine politische Karriere zu zahlen hätten. In der Tat passt die Rolle des Gewaltopfers nicht zur Pose einer durchsetzungsstarken und konfliktfähigen, aber weitgehend emotionslosen politischen Persönlichkeit, die auf Max Weber zurückgeht und bis in unsere Tage wirksam ist ([Beck 2016: 20ff.](#)). Der Vorwurf, die betroffene Politikerin sei an solchen Übergriffen zumindest mitschuldig, nährt sich aus diesem Image. Die Ursache wird nicht im Sexismus gesucht, sondern im (falschen) Verhalten der Politikerin (z. B. [Vogt 2020: 193f.](#)). Wagt es eine Politikerin, das übergriffige oder gewalttätige Verhalten von eigenen Parteikollegen öffentlich zu machen, so muss sie sich auch noch des Vorwurfs der Nestbeschmutzung erwehren, wie Jenna Behrends, und wird eventuell sogar mit dem vorzeitigen Ende der politischen Karriere abgestraft.

## **Forschungsbedarf**

Das weltweite Ausmaß von geschlechtsbasierter Gewalt in politischen Institutionen ist bisher unbekannt. Im ersten UN-Bericht zu diesem Thema vom Oktober 2018 ([Simonovic 2018](#)) heißt es, es gebe zwar nur wenig Daten, die vorhandenen belegten jedoch, dass geschlechtsbasierte Gewalt in der Politik weit verbreitet sei und systematisch ausgeübt werde. Übergriffe hätten das Ziel, Frauen von politischer Macht fernzuhalten (Simonovic 2018: 5, Zif. 9). Zum Thema Gewalt gegen Frauen in der Politik gibt es zumindest einige exemplarische Untersuchungen (u. a. [Berthet/Kantola 2020](#); [Dhrodia 2017](#); [IPU 2016, 2018](#)). Völlig im Dunkeln liegt jedoch geschlechtsbasierte Gewalt gegen nichtbinäre Personen

und nichthegegoniale Männlichkeiten in der Politik.

Neben Daten zur Betroffenheit fehlen Untersuchungen, die den Zusammenhang von Gewalt und politischer Partizipation thematisieren. Geschlechtsbasierte Gewalt in politischen Institutionen wird als „message crime“ ([lganski 2014](#)) diskutiert, als ein Übergriff, der sich nicht nur gegen die direkt betroffene Person richtet, sondern gegen die gesamte Gruppe, die sie (vermeintlich) repräsentiert. Empirisch untermauert ist das bisher nicht. Es fehlen Belege dafür, dass von Gewalt Betroffene tatsächlich in ihren politischen Partizipations- und Artikulationsmöglichkeiten beschnitten werden. Wichtig wäre es, zu plausibilisieren, dass sie tatsächlich auf hinteren Rängen der Politik festgehalten oder gänzlich aus der Politik hinausgedrängt werden. Mit dem Ziel einer egalitären Partizipation von Frauen und anderen Geschlechtern müsste auch untersucht werden, wie die eigene Erfahrung, aber auch beobachtete Gewalt, bei der Entscheidung für oder gegen ein politisches Amt oder eine politische Karriere beeinflusst.

Gegebenenfalls müssten die Faktoren, die als Ursachen für die mangelnde Partizipation von Frauen in politischen Institutionen weitgehend unumstritten sind, nämlich sozioökonomische, institutionelle, und politisch-kulturelle sowie mediale Einflüsse, um den Faktor geschlechtsbasierte Gewalt erweitert werden.

## **Liberaler Demokratie als Ideal - ein blinder Fleck**

Daran schließt sich eine grundlegende demokratietheoretische Frage an: Wie lässt sich gleichberechtigte politische Partizipation mit einem Diskurs auf Augenhöhe in einer politischen Öffentlichkeit denken und organisieren, die eben nicht herrschaftsfrei, sondern von multiplen und intersektionalen Macht- und Geschlechterhierarchien durchzogen ist? Denn im Ideal der liberalen Demokratie ist geschlechtsbasierte Gewalt in politischen Institutionen ein blinder Fleck. Liberaler Demokratie beruht auf der Idee des herrschaftsfreien Diskurses autonomer Subjekte in der politischen Öffentlichkeit. Dass diese Öffentlichkeit jedoch gerade nicht herrschaftsfrei ist, wird im Ideal der liberalen Demokratie ignoriert, wenn nicht sogar negiert ([Beck 2020: 177ff.](#)). Geschlechtsbasierte Gewalt in politischen Institutionen lässt sich in einem solchen konzeptionellen Rahmen nicht analysieren, ja nicht einmal erkennen.

Meiner Meinung nach kann geschlechtsbasierte Gewalt in politischen Öffentlichkeiten liberaler Demokratien nur dann analysiert und bekämpft werden, wenn die vermeintliche Herrschaftsfreiheit als grundlegende Prämisse fallen gelassen wird. Ob das Ergebnis dann eine tatsächlich liberale, weil egalitäre Demokratie ist, oder aber etwas anderes, bleibt eine offene Frage.

**Der Beitrag basiert auf dem Text „Ein Tabu mit gewaltigen Konsequenzen. Geschlechtsbasierte personale Gewalt in politischen Institutionen“ der Autorin. Dieser ist erschienen in: [Beck, Dorothee/Henninger, Annette \(Hrsg.\): Konkurrenz für das Alphas Männchen. Politische Repräsentation und Geschlecht. Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag 2020.](#)**

## **Literatur**

Beck, Dorothee (2016): Politikerinnen und ihr Griff zur Macht. Mediale Repräsentationen von SPD-Spitzenkandidatinnen bei Landtagswahlen. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839436554>

Beck, Dorothee (2020): Ein Tabu mit gewaltigen Konsequenzen. Geschlechtsbasierte personale Gewalt in politischen Institutionen. In: Beck, Dorothee/Henninger, Annette (Hrsg.), Konkurrenz für das Alphas Männchen? Politische Repräsentation und Geschlecht (S. 167-189). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.

Berthet, Valentine/Kantola, Johanna (2020): Gender, violence and political institutions: Struggles over sexual harassment in the European Parliament. *Social Politics*, 00/(0), 1–25. <https://doi.org/10.1093/sp/jxaa015>

Dhrodia, Azmina (2017): Unsocial Media: Tracking Twitter Abuse against Women MPs. *Amnesty Global Insights*, 04. September 2021. Zugriff am 15.02.2021 unter <https://medium.com/@AmnestyInsights/unsocial-media-tracking-twitter-abuse-against-women-mps-fc28aeca498a>.

Iganski, Paul (2014): Using the Law to challenge Cultures of Hate. *ESRC Centre for Corpus Approaches to Social Sciences*. Zugriff am 15.02.2021 unter [www.cass.lancs.ac.uk/using-the-law-to-challenge-cultures-of-hate](http://www.cass.lancs.ac.uk/using-the-law-to-challenge-cultures-of-hate).

IPU (2016): Sexism, harassment and violence against women in parliaments. Genf: Interparliamentary Union. Zugriff am 15.02.2021 unter <http://archive.ipu.org/pdf/publications/issuesbrief-e.pdf>.

IPU (2018): Sexism, harassment and violence against women in parliaments in Europe. Genf: Interparliamentary Union. Zugriff am 15.02.2021 unter <https://www.ipu.org/file/5472/download>.

Rennefanz, Sabine (2017): Sexismus: Frank Henkel, Jenna Behrends und die Sache mit der Maus. *Berliner Zeitung*, 20. November 2017. Zugriff am 15.02.2021 <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/sexismus-frank-henkel-jenna-behrends-und-die-sache-mit-der-maus-li.16922>.

Schröttle, Monika (2019): Gewalt: Zentrale Studien und Befunde der geschlechterkritischen Gewaltforschung. In: Kortendiek, Beate/Sabisch, Katja/Riegraf, Birgit (Hrsg.), *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*. Wiesbaden, 0 (S. 833–844). [https://doi.org/10.1007/978-3-658-12496-0\\_72](https://doi.org/10.1007/978-3-658-12496-0_72)

Schwennicke, Christoph (2008): Das Pauli-Ypsilanti-Phänomen. *Spiegel Online*, 02. September 2008. Zugriff am 15.02.2021 unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/kommentar-das-pauli-ypsilanti-phaenomen-a-575760.html>.

Simonovic, Dubravka (2018): Violence against women in politics. A/73/301. *United Nations*. Zugriff am 15.02.2021 unter <https://undocs.org/A/73/301>.

Vogt, Ute (2020): Ein negatives Frauenbild bekommen Politikerinnen nochmal potenziert ab. In: Beck, Dorothee/Henninger, Annette (Hrsg.), *Konkurrenz für das Alphamännchen? Politische Repräsentation und Geschlecht* (S. 190–200). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.

Zeit Online (2019): Grünen-Politikerin: Renate Künast muss sich üble Beschimpfungen gefallen lassen. *Hamburg*, 19. September 2019. Zugriff am 15.02.2021 unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/gruenen-politikerin-renate-kuenast-beleidigungen-gerichtsurteil-meinungsfreiheit>.

## Zitation

Dorothee Beck: Geschlechtsbasierte Gewalt gegen Politiker\*innen: Reflexionen zu einem Tabu, in: *blog interdisziplinäre geschlechterforschung*, 23.02.2021, [www.gender-blog.de/beitrag/geschlechtsbasierte-gewalt-gegen-politikerinnen/](http://www.gender-blog.de/beitrag/geschlechtsbasierte-gewalt-gegen-politikerinnen/), DOI: <https://doi.org/10.17185/gender/20210223>

Beitrag lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)



# DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

ub | universitäts  
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/gender/20210223

**URN:** urn:nbn:de:hbz:464-20210317-125836-0



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 Lizenz (CC BY 4.0) genutzt werden.